

Für Unternehmen steht beim No-Deal-Brexit viel auf dem Spiel

Seit dem 1. Februar 2020 ist das Vereinigte Königreich (United Kingdom, UK) nicht mehr Mitglied der Europäischen Union. Bisher war dies dank der vereinbarten Übergangsphase kaum spürbar. Doch mit dem Verlassen des gemeinsamen Binnenmarktes samt Zollunion verabschiedet sich Großbritannien ab dem 1. Januar 2021 von EU-Regeln und -Standards. Aufgrund nur geringer Fortschritte in den Verhandlungen über die künftigen wirtschaftlichen Beziehungen steht ein Brexit ohne Folgeabkommen im Raum. Was hat dies für Auswirkungen auf die Wirtschaft?

Auch wenn der Handel rückläufig ist – UK bleibt wichtiger Handelspartner

Das Handelsvolumen zwischen Deutschland und Großbritannien betrug 2019 rund 117 Milliarden Euro. Das Vereinigte Königreich ist somit nur noch achtgrößter Handelspartner Deutschlands. Vor drei Jahren rangierten die Briten noch auf Platz fünf. Dieser Negativtrend setzt sich 2020 fort. So sind die deutschen Ausfuhren nach Großbritannien von Januar bis August um 20 Prozent zurückgegangen; die deutschen Exporte in die EU sanken im gleichen Zeitraum zwar coronabedingt auch, aber lediglich um knapp 13 Prozent. Am stärksten betroffen vom bilateralen Rückgang sind die Automobilbranche sowie Maschinen und chemische Erzeugnisse. Laut der DIHK-Studie „Auswirkungen des Brexit“ (März 2020) hängen rund 750.000 Arbeitsplätze in Deutschland vom Handel mit UK ab; bis heute haben deutsche Unternehmen jenseits des Ärmelkanals Investitionen im Wert von über 160 Milliarden Euro aufgebaut. Der Brexit betrifft nun rund 2.500 Niederlassungen deutscher Unternehmen, die in Großbritannien angesiedelt sind und mehr als 400.000 Mitarbeiter beschäftigen. Britische Unternehmen unterhalten in Deutschland 1.500 Niederlassungen mit rund 270.000 Mitarbeitern.

Ziel: enge wirtschaftliche Anbindung

Die Neuordnung des Verhältnisses zwischen EU und seinem ehemaligen Mitglied wird sich voraussichtlich über viele Jahre hinziehen. Diese Verhandlungen müssen in der EU-Handelspolitik Priorität haben. In Zeiten von Corona, zunehmenden Handelskonflikten und globalem Protektionismus ist es im Interesse der deutschen und europäischen Unternehmen, dass die EU ihre wirtschaftlichen Verbindungen mit UK so eng wie möglich gestaltet (DIHK-Ideenpapier „EU und UK nach dem Brexit“). Das darf aber keinesfalls auf Kosten der Regeln des Binnenmarktes geschehen. Für die 27 EU-Länder steht dessen Funktionstüchtigkeit an erster Stelle. Der zollfreie Zugang zum EU-Binnenmarkt darf nicht mit einem unfairen Wettbewerb etwa durch niedrigere Umweltstandards oder staatliche Subventionen einhergehen. Dies wäre zum Nachteil für deutsche Unternehmen.

Chaos-Brexit droht – Unternehmen müssen sich vorbereiten

Der EU-Ratsgipfel in Brüssel in dieser Woche markierte ursprünglich die Deadline für einen Vertragstext. Dieses Zeitlimit wird nicht zu halten sein, da noch grundlegende Divergenzen bei wichtigen wirtschaftlichen Themen bestehen. Beide Seiten müssen nun weiter versuchen, sich schnellstmöglich auf faire und nachhaltige Handelsbeziehungen zu verständigen und so einen Chaos-Brexit inmitten der Corona-Krise abzuwenden.

Viele deutsche Unternehmen haben sich schon auf den Brexit vorbereitet. Die mehr als 60.000 Aufrufe der „DIHK-Brexit-Checkliste“ zeigen, dass insbesondere kleine und mittelständische Unternehmen weiterhin Beratungsbedarf haben: Angesichts des fehlenden rechtlichen Regelwerks haben sie keine Planungssicherheit für ihren Handel und ihre Investitionen. Die Gefahr eines Scheiterns der Verhandlungen bleibt hoch. Doch selbst ein Verhandlungsdurchbruch wird wohl nur ein Schmalspurabkommen ermöglichen. Viele relevante Punkte wie Datentransfers, Zukunftsstandards oder Arbeitnehmermobilität werden nicht enthalten sein. Im No-Deal-Fall kommen zur Zollbürokratie noch Zölle in Milliardenhöhe hinzu. Unternehmen sollten daher dringend ihre Brexit-Vorbereitungen und Lieferketten überprüfen.